

Faschismus und (Alltags-)Rassismus bekämpfen – Ausweitung demokratischer Strukturen erstreiten

Beschluss des Kreisparteitages der LINKEN Marburg-Biedenkopf, 11. Oktober 2020

DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf kämpft gegen alle Formen von Faschismus und Rassismus, auf der Straße, in politischen Gremien – überall. Wir treten als Kreisverband gleichsam für mehr Demokratie, Bürger*innenbeteiligung und soziale Gerechtigkeit ein, insbesondere auf der lokalen Ebene.

Wir arbeiten in Bündnissen und Bürger*innenbewegungen aktiv mit all denen zusammen, die sich gegen Rassismus und Faschismus engagieren. Wir sind uns mit den demokratischen Kräften darin einig, dass dieser Kampf eine Aufgabe ist, die allorts, stets mit Zivilcourage und in aller Öffentlichkeit geführt werden muss. Dabei wenden wir uns entschieden gegen rassistisch motivierte Gewalt, gegen staatlichen Rassismus und gegen den wachsenden Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft – der sich auch in Marburg und Umgebung immer weiter ausbreitet.

Antifaschismus ist eine unverrückbare Grundhaltung unserer Partei und tief in unsere DNA eingeschrieben. DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf lehnt entschieden die Gleichsetzung progressiver linker Ideen mit faschistischem Gedankengut ab, da so Faschismus verharmlost und der Kampf gegen die extreme Rechte geschwächt wird. Unsere Vorstellungen einer friedlichen, gerechten, sozial-ökologischen und demokratischen Welt sind in keiner Weise mit dem menschenverachtenden Weltbild der Faschist*innen und Rassist*innen vergleichbar, das auf Ungleichheit und Ungleichwertigkeit basiert.

DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf setzt sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit aktiv mit „Fake News“ (= vorwiegend im Internet manipulativ verbreitete, vorgetäuschte Nachrichten) von rechts auseinander, mit denen Hass gesät und verstärkt wird – wir bieten glaubwürdige und verständliche Gegeninformationen.

Entsprechend der Beschlusslage der LINKEN auf Bundes- und Landesebene stimmen die Fraktionen und Mandatsträger*innen der LINKEN in den Parlamenten in keinem Fall für Anträge oder Wahlvorschläge der rechtspopulistischen und ausländerfeindlichen AFD.

Wir kämpfen zusammen mit Migrant*innen und Flüchtlingen für eine rechtliche Gleichstellung. Das entwürdigende „Hartz IV“-System wollen wir beenden. Mindestsicherungsleistungen für Arbeitsuchende, im Alter sowie Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz müssen auf ein gleiches, menschenwürdiges Niveau angehoben werden. Wir verlangen ein Ende des Unterbietungswettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt, eine Stärkung der Mitbestimmung von Beschäftigten, eine Ausweitung öffentlicher Daseinsvorsorge, die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen sowie massive Investitionen der öffentlichen Hand z.B. in Schulen, Kitas, sozialen Wohnungsbau oder den öffentlichen Personennahverkehr – all dies auf Grundlage sozial-ökologischer Nachhaltigkeit. Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen verboten und der Niedriglohnsektor durch eine starke Anhebung des Mindestlohns sowie eine Ausweitung der Tarifbindung ausgetrocknet werden.